



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Stöhr, Chr.: Wirtschaftliche Umschau

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Wirtschaftliche Umschau

Von Chr. Stöhr, Berlin

Der deutsche Finanzminister hat in seiner Reichstagsrede vom 16. März noch einmal mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen läßt, aller Welt vor Augen geführt, daß die großen Anstrengungen, welche das deutsche Volk gemacht hat und zu machen im Begriffe ist, um sich von seinen Bedrückern loszukaufen, ohne Erfolg bleiben müssen, wenn nicht die Forderungen aus dem Friedensvertrag auf ein für Deutschland tragbares und den tatsächlichen Erfordernissen zum Wiederaufbau der geschädigten Feindesländer entsprechendes Maß zurückgeführt werden.

Die jüngste Note der Reparationskommission aber setzt allem, was die Entente jemals gegen Deutschland übernommen hat, die Krone auf. Die für das Jahr 1922 zu leistenden Barzahlungen sind auf 720 Millionen Goldmark festgesetzt, von denen 281,949 Millionen Goldmark als bereits abgedeckt gelten, sodaß die Summe von 438,051 Millionen Goldmark noch in bar abzuführen sind, und zwar 18,051 Millionen am 15. April, je 50 Millionen am 15. der Monate Mai bis Oktober und je 60 Millionen an demselben Tage der beiden letzten Monate des Jahres. Die Sachleistungen sollen den Gegenwert von 1450 Millionen Goldmark betragen. Um alle diese Zahlungen sicherzustellen, werden der deutschen Regierung eine große Reihe „Sanierungsmaßnahmen“ aufgezwingen und eine peinliche Kontrolle in Aussicht gestellt, welche den deutschen Staat in die Stellung, die vor dem Kriege China einnahm, herabdrücken würde. Die Entente fordert von Deutschland, die dem Reichstage vorliegenden neuen Steuern noch vor Ausgang April zu verabschieden. Darüber hinaus sollen bis zum 31. März 1922 Maßnahmen getroffen werden, welche eine nochmalige Erhöhung der öffentlichen Einnahmen um mindestens 60 Milliarden Mark für das Etatsjahr 1921/22, von denen bis Ende des Kalenderjahres wenigstens 40 Milliarden eingegangen sein müssen, zur Folge haben. Außerdem werden von der deutschen Regierung, deren Autorität die Entente seit Kriegsende systematisch untergraben hat, energisches Einschreiten gegen das flüchtige Kapital verlangt, ein Unternehmen, welches bekanntlich nicht einmal den „Siegern“ ganz geglückt ist. Diesen ganz und gar unfinnigen Forderungen, deren gewalttätige Durchdrückung für Deutschland namenloses Elend und ein völliges Verschwinden des

Erfüllungswillens im Gefolge hätte, stehen folgende realen Tatsachen gegenüber: Wie in letzter Zeit wiederholt einwandfrei nachgewiesen wurde, erreicht die Belastung durch Steuern und Abgaben in keinem Lande den Stand, den sie nach Verabschiedung der neuen Steuer Gesetze durch den Reichstag in Deutschland einnehmen wird. Es ist bekannt, daß zur Ausführung des Friedensvertrages an baren Mitteln nur der Überschuß aus dem Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung mit etwa 16 Milliarden Papiermark zur Verfügung stehen. Der Bedarf an Kontributionsgeldern für das Etatsjahr 1922 wird mit etwa 173 Milliarden Mark, der Ertrag der vorgesehnen Zwangsanleihe mit etwa 60 Milliarden Mark angenommen — unter der schon nicht mehr geltenden Voraussetzung einer gewissen Stabilität der Reichsmark. Es müßten also im Etatsjahr 95 Milliarden Mark Kriegskontributionen durch Schatzscheine gedeckt werden. Der gegenwärtig wieder scharf fallende Preis der Mark im Ausland hat aber alle diese Berechnungen längst ungültig gemacht — ebenso wie die rapide Verschlechterung der Kaufkraft der Mark im Innern bereits den ganzen Reichshaushalt wieder in Unordnung gebracht hat. Wenn es also schon vor der jüngsten Entwurfs der Reichsmark — welche zum Teil sicher den aus den knappen deutschen Devisenbeständen erfolgten Debitenabhlungen zu verdanken ist — zum Teil gerade wegen der Reformversuche unmöglich war, einer neuen Inflation zu entgehen, wird nunmehr — wenn unsere Gläubiger nicht noch in letzter Stunde ein Einssehen haben — die Kurve des deutschen Notenumlaufes immer steiler ansteigen und in verstärktem Maße alle die bösen Folgen hervorbringen, die wir aus bitterer Erfahrung zur Genüge kennen. Ein Berliner Dollarkurs von etwa 340 Mark rückt die Gefahr des berüchtigten „Ausverkaufs“ wieder in den Vordergrund, die deutsche Exportprämie ist automatisch gestiegen, ebenso das Inlandspreisniveau, und für die vielen Arbeitslosen in England, Amerika, Holland, den Nordstaaten und der Schweiz rückt der Tag, an dem sie wieder ihren Platz am Arbeitstische einnehmen, wieder in graue Ferne. Das Schicksal Österreichs, dem von der Entente ähnliche „Sanierungsmaßnahmen“ auferlegt und deren Erfolg jene verzweifelte Hilferufe waren, kann leicht auch dasjenige Deutschlands werden.